

22 - 1996

An den  
Präsidenten des Burgenländischen Landtages  
Herrn Robert Hergovich  
Landhaus  
7000 Eisenstadt

Eisenstadt, am 14. November 2024

**Selbständiger Antrag**

**der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Johannes Mezgolits, Kolleginnen  
und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Maßnahmenpaket  
für leistbares Wohnen und Abschaffung der Baulandsteuer**

Der Landtag wolle beschließen:

**EntschlieÙung**

**des Burgenländischen Landtages vom ..... betreffend  
MaÙnahmenpaket für leistbares Wohnen und Abschaffung der  
Baulandsteuer.**

Wohnen ist und bleibt ein Grundbedürfnis. Leistbares Wohnen muss für alle Generationen möglich sein. Auch junge Familien sollen sich ihren Traum vom Haus verwirklichen können.

Die Richtlinie zur Wohnbauförderung im Burgenland sieht vor, dass die Errichtung von Eigenheimen und die Schaffung einer Wohneinheit durch Zubau, Auf- und Ausbau gefördert werden. Mit den festgelegten Fördersätzen ist der Wunsch vom Eigenheim nicht mehr realisierbar. Daher ist hier jedenfalls eine Verdoppelung der Fördersätze notwendig, um den Burgenländerinnen und Burgenländern unter die Arme zu greifen, damit sie künftig ihren Wunsch von den eigenen vier Wänden verwirklichen können.

Gerade in jungen Jahren hat man den Wunsch, in seinen eigenen vier Wänden leben zu können. Junge Menschen sind hier von den gestiegenen Baupreisen und hohen Zinsen am Kapitalmarkt besonders betroffen. Es muss wieder einfacher möglich sein, sich ein Eigenheim aus eigener Kraft zu erarbeiten. Eine Einmalförderung für Jungfamilien beim Bau des Einfamilienhauses und ein Jugend-Bonus von 10.000 Euro beim Erwerb der ersten eigenen Wohnung könnten hier eine wichtige finanzielle Unterstützung sein.

Die Ankündigung den burgenländischen Wohnbau verstaatlichen zu wollen bzw. die Gründung einer Landesgesellschaft zur Errichtung von Wohnungen ist kontraproduktiv und gefährdet zudem den burgenländischen gemeinnützigen Wohnbau. Gleichzeitig stellt dieser Schritt die gemeinnützigen Wohnbauträger vor enormen Herausforderungen, weil etliche Projekte nicht mehr gefördert werden.

Grund und Boden sind wertvoll und müssen geschützt werden. Leider zählt das Burgenland zu den Spitzenreitern bei der Flächenversiegelung und wertvolle landwirtschaftliche Flächen werden noch zusätzlich vom Landesenergieversorger mit Großflächen-PV-Anlagen zugestampft. Es braucht deshalb ein Förderprogramm zur

Bodenentsiegelung für unsere Gemeinden. Zudem würde eine Ortskernprämie dazu beitragen, dass die Renovierung von Altbestand eine attraktivere Möglichkeit wird. Dadurch würden auch die Ortskerne der burgenländischen Gemeinden wieder gestärkt werden.

Im Jahr 2020 wurde im Burgenland ein neues Raumplanungsgesetz beschlossen, wo unter anderem die umstrittene Baulandsteuer eingeführt wurde. Die Baulandsteuer ist jedenfalls ein untaugliches Mittel zur Bauland-Mobilisierung und ein Griff in die Geldbörse der Burgenländerinnen und Burgenländer. Bei der Baulandsteuer handelt es sich um einen drastischen Eingriff ins Eigentum, sie muss abgeschafft werden. Das fordert auch die Mehrheit der Burgenländerinnen und Burgenländer.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert einen sofortigen Richtungswechsel beim burgenländischen Wohnbau vorzunehmen und ein Maßnahmenpaket für leistbares Wohnen und Abschaffung der Baulandsteuer vorzulegen, insbesondere soll darin enthalten sein:

- Verdoppelung der Fördersätze für die Wohnbauförderung für Private,
- Reduzierung der Bauauflagen,
- Einführung einer Einmalförderung für Jungfamilien beim Bau des Einfamilienhauses,
- Einführung eines Jugend-Bonus von 10.000 Euro für den Erwerb der ersten eigenen Wohnung
- sofortige Auflösung der SOWO Burgenland,
- sofortige Wiederauszahlung der Wohnbauförderungsmittel an gemeinnützige Wohnbauträger,
- Einführung einer Ortskernprämie für die Renovierung von Altbestand,
- Förderprogramm zur Bodenentsiegelung für die burgenländischen Gemeinden und
- Sofortige Abschaffung der Baulandmobilisierungsabgabe gemäß § 24a Bgld. Raumplanungsgesetz